

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 30/36
Telefax: 889 846 ppbn d
Telefax: 21 08 94

Inhalt

Dr. Christine Bergmann
zum Internationalen
Aktionstag gegen Ge-
walt gegen Frauen:
Benachteiligung von
Frauen abbauen.

Seite 1

Dr. Erhard Eppler zur
Notwendigkeit, part-
nerschaftsfähig zu
werden: Leben in der
einen Welt. (Teil II und
Schluß.

Seite 2

Rezension:

Dr. Karsten Schröder
stellt das Buch
"Perestroika und Ge-
schichte. Die Wende in
der sowjetischen Histo-
riographie" von Robert
W. Davies vor.

Seite 5

46. Jahrgang / 225

26. November 1991

Benachteiligung von Frauen abbauen

Zum Internationalen Aktionstag gegen Gewalt gegen Frauen

Von Dr. Christine Bergmann
Berliner Senatorin für Arbeit und Frauen

Gewalt gegen Frauen findet nicht nur in den Familien und auf der Straße statt; sie ist nach wie vor präsent in einer Rechtsordnung, die Frauen häufig nicht als eigenständige Persönlichkeiten wahrnimmt und ihre Rechte wesentlich beschränkt. Dies wird nach wie vor am deutschen Ausländer- und Asylrecht augenfällig. So ist zum Beispiel das Aufenthaltsrecht für die Frau in den ersten vier Jahren in Deutschland an die existierende Ehe gebunden. Frauen haben kaum Chancen, eigenständige Perspektiven zu entwickeln. Im Fall von Mißhandlung stehen Frauen vor der Alternative, diese um des Aufenthaltsrechts willen tolerieren zu müssen, oder falls sie den Partner verlassen, sich der Gefahr der Ausweisung auszusetzen.

Ähnlich problematisch sind die derzeitigen Bestimmungen des Asylrechts. In vielen Ländern werden Frauen grundlegende Menschen- und Bürgerrechte verweigert. Viele Frauen riskieren wegen ihres Widerstandes gegen frauenspezifische Unterdrückungen ihr Leben. Trotzdem genügen solche Verfolgungen nicht den Anforderungen an die Asylgewährung. Und zwar, dies muß hinzugefügt werden, nicht allein in der Bundesrepublik. Selbst in der UN-Flüchtlingskonvention ist die Verfolgung von Frauen aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit kein eigenständiger Asylgrund. Diese politische Blindheit der höchsten internationalen Menschenrechtsorgane darf die Bundesrepublik nicht mittragen.

(-/26. November 1991/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heuseilfee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Recycling-Papier
mit 100% recycelten Rohstoffen



Leben in der einen Welt (Teil II)
Zur Notwendigkeit, partnerschaftlich zu werden

Von Erhard Eppler

IV.

Wenn diese fatale ökologische Interdependenz das Ergebnis von dreißig Jahren Entwicklungspolitik ist, dann liegt es nahe, den Begriff Entwicklung selbst kritisch zu reflektieren. Dabei nimmt das Programm auf, was die Brundtland-Kommission der Vereinten Nationen schon zu bedenken gegeben hat: "Norden und Süden müssen erst noch zu einer Entwicklung finden, die dauerhaften Fortschritt ermöglicht, ökologische Belastungsgrenzen respektiert und mit den Bedürfnissen der heutigen und künftigen Generationen vereinbar ist. Dauerhafte Entwicklung verlangt, daß sich die Nutzung von Ressourcen, die Richtung technischer Innovation, Umfang, Standard und Zweck von Investitionen, an langfristigen Entwicklungszielen und nicht an kurzfristigen Gewinninteressen orientiert."

Hier ist von Entwicklung die Rede nicht nur in Bezug auf die Länder des Südens, sondern auf alle, Etwas härter formuliert: Es gibt weder entwickelte noch unterentwickelte nur in verschiedener Weise fehlentwickelte Länder. Fehlentwicklung insofern, als es bisher kein Entwicklungsmodell gibt, das - ich zitiere wieder: "Ökologische Belastungsgrenzen respektiert, mit dem Bedürfnis der heutigen und künftigen Generation vereinbar ist und damit dauerhaften Fortschritt ermöglicht".

Hier wird nicht mehr gesagt, wir wüßten genau, wie man sich entwickeln muß, und wir würden das den anderen beibringen.

Der Begriff "dauerhafte Entwicklung" ist eine schwache, ungenaue, leider nicht zu vermeidende Übersetzung für das englische "sustainable development". Sustainable heißt "durchhaltbar", "auf längere Sicht durchzuhalten". Und die Frage ist, ob wir hier wie dort zu einem Entwicklungsmodell finden, das ökologisch, ökonomisch, sozial auf Dauer durchzuhalten ist. Das steht uns allen noch bevor.

Das Berliner Programm skizziert, was das Recht auf Entwicklung bedeuten könnte:

"Alle Länder des Südens müssen endlich die Chance haben, sich selbst zu ernähren, ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen oder wieder herzustellen, die ihnen gemäße Form von Landwirtschaft und Energieversorgung, Bildung, Beschäftigung, Industrialisierung, Gesundheitswesen und sozialer Sicherung zu finden, über einen leistungsfähigen Binnenmarkt ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen und ihre kulturelle Identität zu wahren".

Innerhalb dieser Definition wird jedes einzelne Land seinen eigenen Weg finden müssen. Dazu muß sich in den Entwicklungsländern selbst einiges ändern: "Wo reaktionäre Kräfte eigenständige Entwicklung hemmen, unterstützen wir die Kräfte der Befreiung." Noch etwas muß sich dort ändern: Solange die Entwicklungsländer als kleine Nationalstaaten mit minimalen Märkten Entwicklung versuchen, wird auch die Bedürfnisbefriedigung nicht möglich sein. "Regionale Zusammenschlüsse", heißt es hier im Programm, "können Entwicklung erleichtern, den Einfluß des Südens auf die Weltwirtschaft stärken und so globale Zusammenarbeit fördern". Das, was in Europa stattfindet, nämlich der regionale Zusammenschluß des alten Kontinents, muß in Südost-Asien, in Lateinamerika, in Westafrika, in Ostafrika, vielleicht in ganz Schwarz-Afrika stattfinden.

V.

Was muß bei uns, in Europa geschehen?

Die Länder des Südens bekommen weltwirtschaftlich nur dann eine Chance, wenn einer der mächtigen Wirtschaftsblöcke des Nordens in der Nord-Süd-Auseinandersetzung aus der Front der simplen Nainsager ausbricht und auf Kompromisse drängt. Theoretisch könnten dies auch die USA oder Japan sein. Aber sie werden es nicht sein, weil sich ihr wirtschaftlicher Egoismus bislang immer noch um einiges hemdsärmeliger und zynischer ausgelebt hat als der europäische. Nur innerhalb Europas, in den Niederlanden, in Skandinavien, aber auch in Frankreich gibt es Kräfte, die auf eine konstruktive, eigenständige Politik gegenüber der Dritten Welt drängen. Würde sich das Vereinigte Deutschland zu diesen Kräften gesellen, bekämen sie innerhalb der EG eine Chance.

Eine für die Not des Südens offene EG würde die Mehrheitsverhältnisse in den Gremien von Weltbank und Währungsfonds ändern, wo heute die Industrieländer über etwa 60 Prozent der Stimmen verfügen, die sich ziemlich gleichmäßig zwischen den USA, der EG und den restlichen Industrieländern dritteln.

Aber was wäre dann zu tun? Das Berliner Programm meint: "Die Exporterlöse für Rohstoffe müssen gesteigert, die Schuldendienste begrenzt, der Ressourcentransfer von Nord nach Süd gefördert, die öffentliche Entwicklungsfinanzierung erweitert und die Kontrolle transnationaler Konzerne weltweit durchgesetzt werden". Das ist allein schon ein gewaltiges Programm.

Oder: "Präferenzen, die nicht auf Gegenseitigkeit beruhen, können die Märkte der Industrieländer für Fertigwaren aus Entwicklungsländern öffnen und deren junge und schutzbedürftige Branchen vorübergehend absichern". Auch das sagt sich leichter, als es sich durchsetzen läßt.

Und schließlich eine reichlich steile Forderung: "Ein fairer Welthandel müßte durch sanktionsfähige internationale Gremien gesichert werden".

Und nicht weniger steil, aber eben auch nicht weniger nötig: eine demokratisch kontrollierte internationale Währungsordnung ist notwendig, um Währungspekulation, schädliche Währungsschwankungen zu verringern. Diese Währungsordnung kann die notwendige Senkung der Zinsen und die Abstimmung zwischen Geld- und Haushaltspolitik der Staaten erleichtern".

VI.

Der eigentliche neue, revolutionäre Gedanke des Programms ist auch der wichtigste: Daß Entwicklungspolitik zuhause beginnt, nicht so, wie der Stammtisch sich dies vorstellt, sondern durch Reformen bei uns selbst, die uns erst partnerschaftsfähig machen sollen. Was nutzen Aufforstungsprojekte, solange wir selbst den Raubbau am Tropenwald organisieren und davon profitieren? Was nutzen Projekte für Kleinbauern, solange die Agrarpolitik der EG dazu führt, daß die brasilianischen Kleinbauern, die mit ihren schwarzen Bohnen ein Hauptnahrungsmittel für ihre Landsleute erzeugen, jetzt durch riesige Soja-Agrarfabriken verdrängt werden, deren Produkte die Fleischüberschüsse der EG erhöhen? Was nützen ein paar zinsgünstige Kredite, solange unsere Staatsverschuldung das internationale Zinsniveau nach oben drückt? Mit dem, was wir zuhause entscheiden, schaden wir dem Süden weit mehr, als die beste Hilfe nützen kann.

Das eigentliche Neue des Programms ist daher, daß es Entwicklungspolitik nicht mehr als einen Nebenschauplatz der Politik, sondern als eine zentrale Dimension aller Politik darstellt.

"Es erweitert den Handlungsspielraum des Südens, wenn wir im eigenen Land durch ökologische Erneuerung unsere Industriegesellschaft korrigieren, regenerierbare Energiequellen erschließen oder Technologien fördern, die auch im Süden nutzbar sind". Ökologische Erneuerung bei uns als Chance für den Süden wäre die Kurzformel. "Daher kann Entwicklungspolitik nicht isolierte Aufgabe eines Ressorts bleiben. Bei allen politischen Entscheidungen wie Konjunktursteuerung, Umwelt-, Agrar-, Energie-, Technologie- und Sicherheitspolitik müssen ihre entwicklungspolitischen Wirkungen bedacht werden".

Dieser Ansatz führt auch über die sterile und letztlich falsche Alternative hinaus, die bis heute unsere Diskussion beherrscht. Wiederholen die zünftigen Ökonomen seit dreißig Jahren, hohes Wirtschaftswachstum bei uns sei das beste, was den Entwicklungsländern widerfahren könne, denn nur dann seien unsere Märkte aufnahmefähig und unsere Staatskassen gefüllt, so fordern vor allem christliche Gruppen seit etwa 15 Jahren, nur wenn wir uns bescheiden, wenn wir verzichten könnten, sei dem Süden zu helfen. Wahrscheinlich stimmt beides nicht. Wir müssen nicht kärglicher leben, damit der Süden leben kann, wohl aber anders.

Und vieles, was im Interesse des Südens richtig und nötig ist, wäre auch für uns selbst hilfreich. Wenn die EG morgen verfügen würde, daß in Westeuropa kein Vieh mehr gehalten werden darf, wenn nicht mindestens zwei Drittel des Futters aus der eigenen Fläche kommen, dann käme dies den Hungernden Brasiliens und anderen Südländern zugute, aber es würde auch hunderttausende von europäischen Bauern vor dem Ruin durch Agrarfabriken bewahren, Fabriken, die überdies die Umwelt verantwortlich belasten.

Weder unser Wirtschaftswachstum noch unser Verzicht müssen im Interesse des Südens sein. Was im Interesse der armen Länder geschehen muß, läßt sich von Fall zu Fall sehr wohl entscheiden - falls wir bereit sind, darüber nachzudenken.

Willy Brandt hat einmal vorgeschlagen, unter jeder Kabinettsvorlage der Bundesregierung sollte neben dem Vermerk über die finanziellen Auswirkungen künftig ein Vermerk über die zu erwartenden Auswirkungen auf die Dritte Welt stehen. Das würde alle Bundesressorts zwingen, entwicklungspolitisch zu denken, das Wirtschaftsressort und das Finanzressort, das Verkehrsministerium und das Landwirtschaftsministerium, das Forschungsministerium und das Verteidigungsministerium. Und das würde vor allem dazu führen, daß im Kabinett endlich auch entwicklungspolitische Gesichtspunkte ernst genommen und offen diskutiert würden. Und warum sollte so etwas nicht auch in der EG-Kommission möglich sein? Sicher, die Widerstände werden gewaltig sein. Aber billiger gibt es Entwicklungspolitik nicht.

Die Länder des Südens haben nur eine Chance, wenn wir uns ändern, wenn wir partnerschaftsfähig werden. Wir, das sind die Europäer, aber eben besonders die Deutschen, die im europäischen Kräftefeld den Ausschlag geben könnten.

(-/26. November 1991/rs/fr)

REZENSION

Die Umwertung der sowjetischen Geschichtsschreibung

Robert W. Davies: "Perestroika und Geschichte. Die Wende in der sowjetischen Historiographie", München 1991, (dtv wissenschaft, Bd 4560), 286 Seiten, DM 22,80

Glasnost und Perestroika haben in der Sowjetunion vor der Geschichte beziehungsweise der Geschichtswissenschaft nicht halt gemacht; die Ende 1986 in der Öffentlichkeit vehement begonnene Debatte über die Vergangenheit hat sich inzwischen zu einer Debatte über die Zukunft der Sowjetunion weiterentwickelt. Das Buch des britischen Wirtschaftshistorikers, bereits 1989 in England veröffentlicht und jetzt in der deutschen Übersetzung noch um ein aktuelles Kapitel ergänzt, vermittelt einen beeindruckenden Überblick von Verlauf der Debatte zwischen Stalinisten, russischen Nationalisten und demokratischen Reformern über die Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte.

Der Haupttext - er wurde Ende 1988 abgeschlossen - handelt von den Anfängen der sowjetischen Geschichtsdiskussion in der Zeit vor der Wahl Gorbatschows im März 1985 bis zur 19. Parteikonferenz im Sommer 1988. In diesen Jahren wurde die Stalinzeit unter verschiedenen Gesichtspunkten freimütig diskutiert. Seit Herbst 1988 weitete sich die Debatte auf die Entstehung des Stalinismus aus, erörterte die Grundlagen der heutigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise der Sowjetunion und wandte sich in Publikationen der Jahre 1989-1991 immer offener gegen das ganze leninistische Erbe. Revolutionär und Staatsgründer Lenin wurde nun selbst Gegenstand kritischer Fragen und negativer Beurteilung; es wurde zunehmend argumentiert, die bolschewistische Revolution von 1917 sei weder unvermeidlich noch gerechtfertigt gewesen. Als Folge des Zusammenbruchs der orthodoxen Dogmenlehre folgte nach der Entstalinisierung wenig später auch die Entleninisierung.

Der Autor interpretiert die jedes Tabu sprengende Geschichtsdebatte als wichtiges Instrument im Rahmen der politischen Auseinandersetzungen um den innenpolitischen Reformkurs. "Hing die Debatte der Jahre 1987/88 eng mit Gorbatschows erfolgreichem Kampf um Glasnost, also gegen Ligatschow und die Konservativen in der Partei, zusammen, so war die Debatte der Jahre 1989-1991 ein nicht wegzudenkendes Element in der Auseinandersetzung zwischen Liberalen, die für eine parlamentarische Demokratie und einen Kapitalismus westlichen Zuschnitts eintreten, und der Kommunistischen Partei, die bestrebt ist, ihre politische Macht zu bewahren, ein gewisses 'sozialistisches' Wirtschaftssystem aufrechtzuerhalten und den Zusammenbruch der Sowjetunion als Verband von Republiken zu verhindern."

Inzwischen hat der Putschversuch im August in der Sowjetunion eine völlig veränderte Lage geschaffen, die Kommunistische Partei aus der politischen Arena verbannt, die politische Gestaltungsfunktion Gorbatschows eingeschränkt und schließlich, wie es gegenwärtig erscheint, auch die Frage des künftigen Wirtschaftssystems zugunsten der Marktwirtschaft entschieden. Diese dramatischen Ereignisse werden nicht ohne Auswirkungen auf die Geschichtsdebatten bleiben, die Abrechnung mit der Vergangenheit wird nicht bei Lenin und Stalin enden.

Das Buch von Davies liest sich streckenweise wie eine Rückschau auf Vorgänge, die mittlerweile in gewissem Sinn abgeschlossen sind und nun selbst der Geschichte angehören. Die Lektüre über kontrovers geführte Interpretationen einzelner Abschnitte der historischen Entwicklung in der Sowjetunion bleibt aber immer noch spannend und höchst aufschlußreich.

Im Hauptteil seiner Untersuchung referiert Davies die unterschiedlichen Erklärungsversuche von Publizisten, Schriftstellern und Journalisten - die Historiker haben sich erst relativ spät den Debatten angeschlossen - zu acht ausgewählten Problembereichen, wie "Rußland vor der bolschewistischen Revolution", "Die Neue Ökonomische Politik und die Alternativen zum Stalinismus", "Die Verfolgung der Bauern" oder "Der Zweite Weltkrieg". So belegt er, daß in manchen,

mitunter kuriosen Beiträgen "die einstige Ablehnung der Zarenzeit (...) bisweilen sogar einer etwas naiven Schwärmerei gewichen" ist. Eindeutiger ist seine Bilanz bei der Auswertung der Literatur zum Thema Kollektivierung: "In den meisten neuen Veröffentlichungen über die Kollektivierung werden ihre Auswirkungen auf die sowjetische Bauernschaft, damals die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, als zerstörerisch und demoralisierend dargestellt." Zwar hat die Mehrzahl der populären Schriftsteller und Sozialwissenschaftler die Kollektivierung uneingeschränkt verurteilt, doch liefert Davies auch Beispiele von positiven Wertungen. "Unter den Historikern gibt es eine Gruppe, die sie grundsätzlich bejaht, aber die großen Fehler verdammt, die in der Praxis gemacht wurden - diese Auffassung wird in etwa von Gorbatschow geteilt." Ähnlich wird zum Thema Industrialisierung argumentiert.

In den jüngsten sowjetischen Darstellungen über die Auswirkungen des Stalinismus auf die sowjetische Gesellschaft steht, wie Davies anhand zahlreicher Aufsätze und Publikationen illustriert, der repressive Charakter des Regimes im Zentrum der Aufmerksamkeit. Diese zahlreichen Berichte stellen aber für den Autor "nicht die wichtigste Entwicklung dar. Das auffällige, packende und bewegende ist ihr verzweifoltes Bemühen, diese Erfahrungen zu begreifen und daraus zu lernen. Die kritischen Autoren sind sich darin einig, daß die Erklärung, die die Partei 1956 für den Stalinismus anbot (Personenkult), nicht ausreichte". So verdichtet sich für die sowjetischen Leser aus der Menge bisher unbekannter Informationen der überwältigende Eindruck, "daß das Leben der höheren Ränge während der Stalin-Zeit grausam und unmenschlich war. (...) Den sowjetischen Lesern werden ein Herrschaftssystem und ein Führungsstil vorgeführt, der unerträglich und unzivilisiert waren. Dies müssen sie begreifen, fordern die kritischen Autoren, damit es sich niemals wiederholt".

In den weiteren Kapiteln werden die wesentlichen Argumentationslinien von der Aufarbeitung der stalinistischen Unrechtssysteme bis hinein in die aktuelle Gegenwart verfolgt, wobei der Autor sowohl belletristische Literatur als auch filmische Werke als bedeutsame Beiträge der Vergangenheitsbewältigung vorstellt.

Als ein richtungweisender Anstoß für eine schonungslose Bewertung der Vergangenheit wird eine vierteilige Serie des Moskauer Philosophen Aleksandr Zipko über die "Quellen des Stalinismus" ausführlich vorgestellt, die von Ende 1988 an veröffentlicht wurde. In seiner Analyse kam Zipko zu dem Ergebnis: Der ganze nachrevolutionäre Verlauf in Rußland sei ein Abweichen von "dem Gang der Entwicklung der gesamten menschlichen Zivilisation" gewesen. Er fordert einen fundamentalen Wandel: Chruschtschow sei gescheitert, weil er sich nicht der vollen Wahrheit über die tieferen Wurzeln des Stalinismus gestellt habe, und auch die Perestroika werde scheitern, wenn sie nicht mit der Mythenbildung im Hinblick auf Vergangenheit und Zukunft radikal Schluß mache.

Für Robert Davies war bei Schlußfassung der deutschen Übersetzung seines Manuskriptes im Februar 1991 der Ausgang des Reformkurses in der Sowjetunion noch offen. Doch die Augustereignisse haben die kritische Auseinandersetzung um die historische Bewertung von Stalin und Lenin auf dramatische Weise beschleunigt und dabei deren kriminelle Energie zusehends in den Vordergrund rücken lassen. Man darf gespannt sein, wie die sowjetischen Historiker, Publizisten und Journalisten in den kommenden Jahren die Geschichte ihres Landes beschreiben und mit welchen neuen Akzenten sie dann die einzelnen Abschnitte und politischen Persönlichkeiten darstellen werden.

Das lesenswerte Buch des britischen Historikers liefert über die Entwicklung der Historiographie in den ersten sieben Jahren der Perestroika einen umfassenden Überblick und vermittelt zugleich eine faszinierende Analyse über die zunächst zaghaften und bald immer heftiger einsetzenden öffentlichen Auseinandersetzungen über rund siebzig Jahre bolschewistischer Herrschaft.

Dr. Karsten Schröder

(-/26. November 1991/rs/fr)
